Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet 1877 — „Aus den Tannen" — Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Vierteljährlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamezeile 35 Goldpf. Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 287 | Altensteig, Freitag den 5. Dezember. | Jahrgang 1924

Der Stand des Außenhandels

Als im Juli und August dieses Jahres die Wareneinfuhr nach Deutschland sank und gleichzeitig die Ausfuhr eine kleine Belebung erfuhr, verwandelte sich für kurze Zeit der Unterschuß in unserer Handelsbilanz in einen Ueberschuß. Mancher gedankenlose Tagesschriftsteller hat damals über die „aktiv gewordene deutsche Handelsbilanz" frohlockt und sie als Zeichen einer endgültigen Besserung begrüßt. Die in diesen Tagen veröffentlichten Zahlen über den deutschen Außenhandel im Oktober haben für solche Illusionisten eine peinliche Abkühlung gebracht. Im Oktober hat der Wert der deutschen Wareneinfuhr den Wert der Warenausfuhr um fast ein Viertel Milliarde Goldmark übertroffen (244 Millionen!). Besonders stark ist die Einfuhrsteigerung bei den Lebensmitteln und Rohstoffen. Aber auch die Warenausfuhr hat gegenüber dem Vormonate eine kleine Erhöhung erfahren (um knapp 10 Prozent). Es muß zugegeben werden, daß die verstärkte Rohstoffeinfuhr im Oktober die deutsche Wirtschaft erst in den späteren Monaten in den Stand setzen wird, die Produktion zu erhöhen und die Ausfuhr zu steigern. Man wird also mit seinem endgültigen Urteil über die Entwicklung des deutschen Außenhandels nach Abschluß des Londoner Reparationsabkommens noch einige Monate warten müssen.

Das hindert jedoch nicht, sich jetzt schon ein Bild davon zu machen, nach welcher Richtung wir unseren Außenhandel künftig weiterentwickeln müssen. Die starke Zunahme der Lebensmitteleinfuhr im Oktober (von rund 207 Millionen Goldmark im September auf 336 Millionen im Oktober) hängt damit zusammen, daß vor der winterlichen Beschränkung der Seeschiffahrt noch größere Ladungen von Auslandsgetreide hineingenommen worden sind. Ganz allgemein sind verstärkte Getreidezufuhren ja die unausbleibliche Folge der ungenügenden deutschen Körnerernte des Jahres 1924.

Die Sicherung der heimischen landwirtschaftlichen Produktion ist eines der wichtigsten Mittel, um die Bilanz des deutschen Außenhandels zu bessern. Je mehr Waren wir ausführen wollen, um so reicher muß natürlich die Rohstoffversorgung sein. Da wir wichtige Rohstoffquellen durch den Versailler Vertrag verloren haben, verschlechtert eine verstärkte Rohstoffeinfuhr unsere Handelsbilanz. Dies muß und kann in Kauf genommen werden, wenn wir den Absatz unserer Waren auf dem Weltmarkt entsprechend verstärken und sichern können. In den Ausfuhrgütern steckt nämlich außer dem Wert der verbrauchten Rohstoffe ein größerer oder geringerer Prozentsatz deutscher Arbeitskraft und Arbeitslohn, den wir zurückvergütet erhalten, wenn das Ausland diese Waren abnimmt. Um die Bedingungen, unter denen wir unsere Produkte künftig auf den Weltmarkt liefern können, wird gegenwärtig verhandelt. Vom Ausfall der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen wird es abhängen, ob wir diese Besserung und Sicherung der deutschen Warenausfuhr erreichen können oder nicht.

W. W.

Die Landwirtschaft und die Wirtschaftsgestaltung Deutschlands

Die deutsche Wirtschaft wird ihre zukünftige Gestaltung durch das Dawesgutachten erhalten. Dieses Gutachten belastet die ganze deutsche Produktion derart, daß es Deutschland unendlich schwer werden wird, mit der Produktion der anderen Länder konkurrieren zu können, d. h. ein entsprechend dieser Belastung notwendiges Maß von Export durchzuführen. Steht dem deutschen Volke nach der Annahme des Dawesgutachtens nur eine Möglichkeit vor Augen, mit aller Kraft an die übernommene Riesenarbeit heranzugehen, noch ungewiß, ob sie geleistet werden kann oder nicht, so gehen andererseits doch verschiedene Wege nach dem Rom der Erfüllung übernommener Verpflichtungen. Ueber diesen Weg ist in Deutschland in Verbindung mit den Reichstagswahlen ein heftiger Kampf entbrannt, der leider sehr zum Schaden der überaus ernsten Probleme den Boden der Sachlichkeit mehr und mehr verliert. Parteipolitische Einstellungen lassen teilweise jedes Gefühl für die selbstverständlichsten, elementarsten wirtschaftlichen Sicherungen eines Volkes vermissen. Ein Stand leidet hier besonders und muß sich die ungeheuerlichsten Anschuldigungen gefallen lassen — die Landwirtschaft —. Man wirft ihr „Brotwucher" vor, und vergißt ganz, daß es sich ihrem Kampf um nichts anderes handelt, als den Kampf eines Großteils des deutschen Volkes um seine Existenz.

Die Landwirtschaft hält den einen Weg der Erfüllung der Forderungen aus dem Dawesplan, den des alleinigen Verlasses auf den Export deutscher Erzeugnisse nach dem Ausland, für verkehrt. Nicht nur die Tatsache der starken Abriegelung des Auslandes durch Schutzzölle für industrielle Erzeugnisse spricht dagegen, sondern die Notwendigkeit, **den Innenmarkt des deutschen Volkes für die Abtragung der Dawesforderungen nutzbar zu machen.** Der Hinweis darauf, daß die Landwirtschaft selbst vor dem Kriege 70—80 Prozent der Inlandserzeugnisse der Industrie für sich benötigte, sollte jedem ernsthaft Denkenden genügen. Darüber hinaus ist es aber in höchstem Maße unwirtschaftlich, das, was im Inland erzeugt werden kann und könnte, vom Ausland hereinzuholen. Hätten wir eine aktive Handelsbilanz, d. h. die Möglichkeit weit größerer Ausfuhr als Einfuhr, dann wäre dagegen weniger zu sagen und Deutschland könnte es sich vielleicht leisten, seine Landwirtschaft unproduktiv oder brach liegen zu lassen. Wir befinden uns aber in einer Zeit größter Sorge um die Ernährung unseres überfüllten Volkskörpers. In solcher Zeit die eigene landwirtschaftliche Produktion darnieder zu halten, wie dies derzeit geschieht, ist eine Torheit sondersgleichen. Es bringt dies in seinen unausbleiblichen Folgen nichts anderes, als daß ein leistungsfähiger Großteil des Volkes von der Möglichkeit ausgeschaltet wird, an der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft mitzuarbeiten. Denn mit fortlaufend sich steigernder Extensivierung der Landwirtschaft fällt diese als wesentlicher Steuerträger einfach weg. Wohl zu bedenken ist fernerhin die unbestreitbare Tatsache, daß eine blühende Landwirtschaft sich auch vorteilhaft auf den ganzen Mittelstand auswirkt.

Dem entgegen erhebt sich die Frage, was dann geschieht, wenn unsere Industrie sich mehr und mehr auf den eigenen Markt zurückgedrängt sieht. Wenn dann der frühere kaufkräftigste Teil des Volkes, die Landwirtschaft, völlig ausgeschaltet sein wird, sind schwerste wirtschaftliche Krisen unvermeidlich.

Die Rolle der Landwirtschaft in der zukünftigen Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik darf darum nicht verkannt werden, wie es in der unglaublichsten Weise im deutsch-spanischen Handelsvertrag geschehen ist. Auch in den jetzt schwebenden Verhandlungen mit Frankreich, das durch sein Festhalten an der 26prozentigen Ausfuhrabgabe auf deutsche Industrieerzeugnisse eklatant beweist, welche Gefühle es unserer Industrie entgegenbringt, scheinen die landwirtschaftlichen Interessen durchaus nicht in volkswirtschaftlich vertretbarem Sinne gewahrt werden zu sollen. Die Landwirtschaft verwahrt sich dagegen mit aller Entschiedenheit und zwar solange es noch Zeit ist. Die Verantwortung für die Auswirkung einer landwirtschaftsfeindlichen Handelsvertragsgestaltung kann nur die treffen, die sie herbeigeführt haben.

L.C.

Neues vom Tage

Gilbert und die Ausfuhrabgabe

London, 4. Dez. Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter des „Daily Mail", es sei nicht seine Sache, ob die Engländer und Franzosen die 26prozentige Ausfuhrabgabe einziehen oder nicht. Er fuhr fort. Was ich jedoch weiß, ist das, daß das so eingesammelte Geld unter unserer Kontrolle stehen muß. Jetzt wird das Geld dem britischen Schatzamt zugeführt, während es nach meiner Ansicht auf ein Konto auf unserem Namen in die Bank von England gezahlt werden müßte. Es würde dann unsere Sache sein, es zu transferieren.

Vor der englischen Parlamentseröffnung

London, 4. Dez. Eine Versammlung der **liberalen Unterhausmitglieder** unter dem Vorsitz Lloyd Georges nahm eine Entschließung an, worin erklärt wird, die Opposition werde auf Annahme der notwendigen sozialen Reformmaßnahmen, die die Regierung versprochen habe, dringen und bei ihrer Erledigung mithelfen, aber jeder Maßnahme, die mit den liberalen Grundsätzen nicht übereinstimme, hartnäckigen Widerstand entgegensetzen.

In ihrer gestrigen Sitzung hat die Arbeiterpartei Macdonald zum Führer wiedergewählt. Zum stellvertretenden Führer wurde Clynes gewählt.

In der ersten Parlamentssitzung wurden der Sprecher und die Minister vereidigt, worauf mit der Vereidigung der Abgeordneten begonnen wurde.

Englands Luftfahrtpläne

London, 4. Dez. Luftfahrtminister Hoare sagte in einer Unterredung über die Luftfahrtspolitik der Regierung, in einigen Jahren würden **für die Landesverteidigung 52 Geschwader gebildet sein,** wovon 18 Ende 1924 fertig seien. Die Entwicklung des zivilen Luftverkehrs auf dem Festland durch die Reichsluftverkehrsgesellschaft mache befriedigende Fortschritte. Das einzige **Hindernis sei die Bestimmung des Versailler Vertrags wegen des Fliegens über Deutschland. Er hoffe,** daß das **Hindernis beseitigt werde.** Der Minister fuhr fort, er sei besonders interessiert an der **Ausdehnung des britischen Luftverkehrswegs nach Indien** und später vielleicht auch nach Australien. Die Regierung werde einen entsprechenden Plan in den nächsten Jahren unterbreiten.

Coolidges Kongreßbotschaft

Washington, 4. Dez. In seiner **Jahresbotschaft** an den **Kongreß** erklärte Präsident **Coolidge** bei der Erörterung der auswärtigen Angelegenheiten sich **gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund und für eine Beteiligung an dem ständigen internationalen Gerichtshof.** Er fordert im Interesse der Regelung der europäischen Angelegenheiten die Mitarbeit der amtlichen Stellen und Privatpersonen zur Durchführung des Dawesplanes. Ueber die **Verminderung der Rüstungen** sagte der Präsident, er gedenke wegen einer neuen Konferenz über diese Frage an die auswärtigen Mächte heranzutreten, wolle jedoch, da bereits Vorschläge über eine europäische Konferenz von anderen Regierungen gemacht wurden, zunächst das Ergebnis dieser Konferenz abwarten. Nach wie vor wünsche er, daß Amerika in seinen innerpolitischen Angelegenheiten von Einschränkungen und Eingriffen bewahrt bleibe. Er wünsche nicht, Vertreter zu einer Konferenz zu entsenden, die die Handlungsfreiheit Amerikas beeinträchtigende Verpflichtungen beraten werde. Amerika müsse eine Politik treiben, die sich mit den anderen Nationen im Geiste der Freundschaft und der Verständigung befasse. Jede Nation, die eine Militärmacht mit Angriffs- und Vorherrschaftszielen aufrechterhalte, werde sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt ernstlich benachteiligt finden. **Die Summen, die das Ausland den Vereinigten Staaten schulde,** beliefen sich auf etwa 12 Milliarden Dollar. Er sei gegen eine Niederschlagung dieser Schulden und glaube, es liege im Interesse der Wohlfahrt der Welt, daß sie **so schnell wie möglich bezahlt** würden. Er trete durchaus nicht für Zwangsmaßnahmen ein, sei jedoch der Meinung, daß das entliehene Geld zurückbezahlt werden müsse, da sonst in Zeiten der Not kein Kredit mehr erwirkt werden könne. Außerdem bestehe eine moralische Verpflichtung zur Zurückzahlung, die Amerika nicht unbeachtet lassen und der sich die anderen Länder nicht entziehen könnten.

Rund 4600 Reichstagskandidaten

Berlin, 4. Dez. In der amtlichen Kandidatenliste für die Reichstagswahl am 7. Dezember sind nicht weniger als 4249 Kandidaten in den Kreiswahlvorschlägen und 389 in den Reichswahlvorschlägen verzeichnet. In der Liste für die preußische Landtagswahl 2831 bzw. 256 Kandidaten. Die Wahlvorschläge für die Reichstagswahl enthalten nicht weniger als 51 verschiedene Parteibezeichnungen.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Belgien

Brüssel, 4. Dez. Der Minister des Aeußern gab in dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten Aufschluß über die schwebenden Wirtschaftsverhandlungen **mit** Deutschland, die sich auf der Basis der Meistbegünstigung aufbauen, mit Ausnahme bestimmter Warenkategorien, besonders der Produkte der Glasindustrie, der elektrischen und der keramischen Industrie.

Voraussichtlicher Zusammentritt des neuen Reichstags

Berlin, 4. Dez. Der am 7. Dezember zu wählende neue Reichstag wird voraussichtlich am 7. Januar zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammentreten.

Nollet gegen die Verminderung der Bestände

Paris, 4. Dez. Kriegsminister General Nollet erschien vor dem Kammerausschuß für das Heereswesen, um über die Frage **mehrmonatiger Beurlaubungen** von etwa einem Drittel des Jahresbestandes sich zu äußern. Der Kriegsminister sprach sich **gegen jede Maßnahme aus, die den Effektivbestand des Heeres herabsetzen könne,** solange die Neuordnung des Heeres, die augenblicklich in Vorbereitung sei und deren Prüfung mit wünschenswerter Eile erfolge, noch nicht habe durchgeführt werden können.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 5. Dezember 1924

Wir bitten zu beachten, daß größere

Wahl- und Geschäftsanzeigen für die Samstagnummer

spätestens bis heute Freitag abend aufgegeben werden müssen, wenn sie noch Aufnahme finden sollen.

* **Versetzt** wurde der Eisenbahnobersekretär Widmann in Renningen als Oberbahnhofsvorsteher nach Dornstetten.

— **Der Berücksichtigung der Umsatzsteuersenkung bei Vertragsabschlüssen.** Durch die 2. Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuermilderungen vom 10. November 1924 ist mit Wirkung vom 1. Januar 1925 der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 2 v. H. auf eineinhalb vom Hundert, der Satz der erhöhten Umsatzsteuer von 15 auf 10 vom Hundert herabgesetzt worden. In den Durchführungsbestimmungen wird in entsprechender Weise wie bei der Ermäßigung der Umsatzsteuer zum 1. Oktober 1924 ein zivilrechtlicher Anspruch auf Preisnachlaß in Höhe von einhalb v. H. oder fünf v. H. für Leistungen aus solchen Verträgen gewährt werden, die vor dem Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten abgeschlossen worden sind, aber erst nach dem 31. Dezember 1924 ausgeführt werden. Die Geschäftswelt wird jedoch schon jetzt darauf hingewiesen, daß dieser Anspruch selbstverständlich nicht für Leistungen aus Verträgen eingeräumt werden kann, die zu einer Zeit abgeschlossen worden sind, zu der der Vertragschließenden bei der Preisvereinbarung die Senkung der Steuersätze bekannt gewesen sein muß.

— **Die neuen Lohnsteuermilderungen.** Durch die 2. Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendigen Steuermilderugen sind die Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 in einigen wesentlichen Punkten geändert worden. Der steuerfreie Lohnbetrag, der bisher 50 Mk. monatlich (12 Mk. wöchentlich usw.) betrug, ist auf 60 Mk. monatlich (15 Mk. wöchentlich, 2.50 Mk. täglich, 0,60 Mk. zweistündlich) erhöht worden. Neu ist die Bestimmung, daß Steuerabzugsbeträge von nicht mehr als 0,80 Mk. monatlich (0,20 Mk. wöchentlich) nicht erhoben werden. Diese Bestimmungen gelten für alle Lohnzahlungen, die für eine nach dem 30. November 1924 erfolgende Dienstleistung bewirkt werden.

— **Ueberhandnahme des Hausierhandels.** Ueber das starke Ueberhandnehmen der Hausierhändler wird in Geschäftskreisen wie auch jetzt von der Landbevölkerung stark geklagt. Man wundert sich daher, daß seitens des Gesetzgebers nichts in dieser Sache geschieht. Die zurzeit geltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung reichen natürlich nicht aus, dem im Wandergewerbe entstandenen Unfug zu steuern. Es ist daher mit einem gewissen Recht schon auf die Einführung des Befähigungsnachweises hingewiesen worden. Mancher handelt mit Kurzwaren, ohne überhaupt eine Ahnung von deren Beschaffenheit zu haben. Auch beim Wandergewerbe sollte eine gewisse Sachkenntnis verlangt werden. Andernfalls muß gerade das kaufende Publikum, das meist nicht in der Lage ist, durch Vergleiche mit Konkurrenzangeboten das jeweilige Angebot des Umherziehenden zu prüfen, alles eher wie kaufmännisch beraten und vielleicht auch manchmal gewissenlos übervorteilt werden.

* **Neuenbürg,** 3. Dez. (Jugendamt.) Es kann nunmehr als feststehend gelten, daß der Bezirk Neuenbürg demnächst ein eigenes Jugendamt erhält. Das Ministerium des Innern hat am 17. November die Auflösung des Bezirksverbands Jugendamt Calw-Neuenbürg mit Sitz in Calw unter der Voraussetzung der Zustimmung der Amtsversammlungen der beiden Bezirke mit Wirkung vom 1. April 1925 an angeordnet.

Stuttgart, 4. Dez. (Verlobung.) Prinz Wolvad zu Schaumburg-Lippe, der nächstjüngste Bruder des Fürsten Adolf, hat sich mit seiner Verwandten, der Prinzessin Bathildis zu Schaumburg-Lippe aus der böhmischen Linie des Hauses, Tochter des Prinzen Albrecht und der Herzogin Elsa von Württemberg, verlobt. Die junge Braut ist, da Prinz Albrecht ein Bruder der früheren Königin Charlotte von Württemberg ist, eine Nichte der letzteren.

Ein Wahlmanöver. Wie das „Deutsche Volksblatt" meldet, ist bei der Reichsbahndirektion unter den Beamten ein Wahlerlaß Nr. 17028 verteilt worden. Es handelt sich dabei um die Einschmuggelung eines amtlich auffrisierten Schreibens in die Stelle „Schreibenverteilung". Die Reichsbahndirektion hat noch einen Rest dieses Schreibens zurückhalten können und sofort einen entsprechenden Erlaß hinausgegeben.

Heilbronn, 4. Dez. (Körperverletzung mit Todesfolge.) Das Schwurgericht hat den ledigen, 25 Jahre alten Bauarbeiter Fritz Waldbüßer von Heilbronn wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Waldbüßer hatte bei einem nächtlichen Streit mit jungen Leuten dem 25 Jahre alten Karosserieflaschner Arno Bochröder aus Gotha mit der Faust zwei Schläge auf den linken Backenknochen versetzt. Eine später eingetretene Gehirnentzündung führte den Tod herbei.

Ulm, 4. Dez. (Zum Tode verurteilt.) Das Schwurgericht hat den 22 Jahre alte Bäcker und Fabrikarbeiter Wilhelm Hertler aus Wangen, OA. Göppingen, wegen des am 5. August d. J. in Göppingen an der 18 Jahre alten Kontoristin Rosa Fischer begangenen Mords zum Tode verurteilt. Der Angeklagte ist wegen eines Vergehens wider die Sittlichkeit vorbestraft. Er hatte wiederholt Annäherungsversuche bei der Rosa Fischer gemacht, jedoch vergeblich. Seine Leidenschaft für das Mädchen wurde dadurch gesteigert und verwandelte sich schließlich in Haß. Er drohte dem Mädchen mit Körperverletzung und Totschlag und hatte sich wegen dieser Bedrohung vor Gericht zu verantworten. Wiederholt hatte er gesagt, er kaufe sich ein Messer, die Fischer müsse hin sein. Am 30. Juli war er wegen Todesdrohung verurteilt und das Messer eingezogen worden, aber bereits am 5. August beging er mit einem neuen Messer die schreckliche Tat. Als die Fischer, der er aufgelauert hatte, an ihm vorbeikam, stürzte er sich mit dem Messer auf sie und stach blindlings drauf los. Die Beweisaufnahme bestätigte die sämtlichen dem Angeklagten zum Vorwurf gemachten Aussprüche und Drohungen. Er hatte dem Mädchen 15 Stiche beigebracht. — Der Angeklagte nahm das Urteil, das auch auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer lautete, ruhig hin.

Scharenstetten, OA. Blaubeuren, 4. Dez. (Ein jugendlicher Mörder.) Es ist schon über ein Jahr, daß der jugendliche Mörder Leonhard Durst den Jakob Ströhle totgeschlagen hat. Dem Totschläger ist bisher freier Lauf gelassen worden. Mit harter Mühe ist es jetzt gelungen, den Mörder aus dem Orte zu schaffen in eine Erziehungsanstalt nach Heidenheim.

Langenargen, 4. Dez. (Neubau.) Der Neubau des Instituts für Seeforschung und Seebewirtschaftung im Unterdorf am Wege nach dem Strandbad hat in den letzten Wochen gute Fortschritte gemacht, so daß die Einweihung und Inbetriebnahme des Baues für Juni 1925 in Aussicht genommen ist.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Im Steinbruch gegen Hermaringen stürzte eine Wand ein und verschüttete den ledigen Jakob Elser und den verheirateten Georg Montag, beide von Brenz a. Br. Holzhauer konnten Montag bald befreien, er hatte einen Fuß gebrochen und Quetschungen erlitten; Elser konnte nur als Leiche ausgegraben werden.

Im Anwesen des Landwirts Lämmle in Füramoos, OA. Biberach, brach ein Brand aus, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Als Brandursache wird Kurzschluß vermutet.

Der 15 Jahre alte Hilfsarbeiter Roland Wiedmann von Pforzheim, der erst wegen mehrerer in Allmannsweiler, OA. Saulgau, verübten Diebstähle vom Schöffengericht Ravensburg zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt und am letzten Freitag in Ravensburg aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, brach erneut bei Meyger Schamm ein. Es gelang, Wiedmann festzunehmen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Jarres scheidet aus dem politischen Leben aus. In einer Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei in Düsseldorf sprach Reichsminister Dr. Jarres über die innere Politik. Einleitend erklärte er, daß er aus dem politischen Leben ausscheiden werde, nachdem ihm die Besatzungsbehörden die Rückkehr ins besetzte Gebiet und die Uebernahme seines Amtes erlaubt hätten. Den Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem politischen Leben werde er aber selbst bestimmen.

Arabische Vorbereitungen? Nach einer Blättermeldung ist der Sultan Remsched mit einem Gefolge von 600 Personen und 1000 bewaffneten Truppen in Mekka eingetroffen.

Vornehm und vorbildlich. Einer Blättermeldung zufolge bot die britische Regierung der Witwe des ermordeten Sirdar 200 000 englische Pfund Sterl. als Entschädigung an. Die Witwe lehnte jedoch die Annahme der Summe ab mit der Bitte, sie unter die Armen zu verteilen.

Lutherische Schulen. Beide Häuser des neugewählten Parlamentes nahmen eine Gesetzesvorlage an, die die Einführung der lutherischen Schulen in Südaustralien vorsieht.

Neuer Rückzug der Spanier. Nach einer Reutermeldung aus Marokko sind beunruhigende Gerüchte eingetroffen, denen zufolge die Spanier gezwungen waren, ihre Posten um Rio Martin in der Nähe von Tetuan aufzugeben.

Handel und Verkehr

Amtliche Berliner Devisenkurse vom Donnerstag, den 4. Dezember.
Die Kurse verstehen sich in Billionen Papiermark.

	3. Geld	3. Brief	4. Geld	4. Brief
Amsterdam 100 Gulden	169,59	170,01	169,89	170,31
Buenos Aires 1 Peso	1,598	1,602	1,608	1,612
Brüssel 100 Franken	21,07	21,13	20,97	21,03
Christiania 100 Kronen	62,12	62,28	62,52	62,68
Kopenhagen 100 Kronen	73,71	73,89	74,01	74,19
Italien 100 Lire	18,25	18,29	18,22	18,26
London 1 Pfund Sterling	19,521	19,569	19,60	19,65
Neuyork 1 Dollar	**4,19**	**4,21**	**4,19**	**4,21**
Paris 100 Franken	23,15	23,11	23,08	23,14
Schweiz 100 Franken	81,10	81,30	81,18	81,38
Spanien 100 Peletas	57,63	57,77	57,69	58,07
Wien 100 000 Kronen	5,91	5,93	5,905	5,925
Prag 100 Kronen	12,61	12,65	12,64	12,68

Berliner Börse, 4. Dez. Die Börse eröffnete mit namhaft gebesserten Kursen und zwar stellten sich Montanpapiere bis zu 3 Prozent höher. Auch Elektrizitätswerte waren zum Teil kräftig an. Chemische Werte erfreuten sich ebenfalls guter Meinung. Deutsche Anleihen holten die Abschwächung bei lebhaften Umsätzen zum Teil wieder ein, im späteren Verlauf wurde das Geschäft ruhiger.

Frankfurter Börse, 4. Dez. Die Stimmung war bei Beginn des Verkehrs zuversichtlich und die Spekulation zu Käufen geneigt, wodurch das Geschäft erneut einen lebhaften Charakter zeigte und die Umsätze an Ausdehnung gewannen. Im allgemeinen waren die Kursbesserungen von geringer Bedeutung. Auch am Anleihemarkt ist das Angebot zum Stillstand gekommen und an dessen Stelle etwas Nachfrage getreten. Die Kurse konnten infolgedessen auch für Anleihen mäßig anziehen.

Stuttgarter Börse, 4. Dez. Bei Beginn der Börse waren die Kurse etwas höher als gestern. Im ganzen war bei ruhigem Geschäft das Niveau etwas höher.

Produktenbörse Karlsruhe, 4. Dez. Bei kleinem Geschäft und ruhiger Stimmung notierten: Weizen neue Ernte 24,5—24,75, ältere Roggen 29—29,5; Sommergerste je nach Qualität 25—28; Hafer neue Ernte 17,5—19 M. ausgesprochen minderwertige Ware entsprechend billiger; Mais mit Sack (Plata) 21 75—22; Weizenmehl (Mühlenvorderungen) 38—38,5, alte Roggenmehl 35—35,5, zur Abnahme südlicher Mehl billiger erhältlich; Weizen- und Roggenfuttermehl 16,25—17; Weizen- und Roggenkleie 18—18,5; Biertreber 20—20,5; Malzkeime 16,75—17; Speisekartoffeln gelbfleischige 5,5—6; Wiesenheu 8,5—9,5; Luzerne 10,5—11; Weizen- und Roggenstroh 6—6,25 M alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit Getreide ohne Sack. Frachtparität Karlsruhe.

Produktenbörse Mannheim, 4. Dez. Es notierten 100 Kilo: Weizen 23,75—30, Roggen 22,25—26, Gerste 25—28, Hafer 18 ein Viertel bis 22 ein Viertel, Mais 21 ein Viertel bis 21 drei Viertel, Weizenmehl Spez. 0 36,5—38,5, Roggenmehl 33—35,5 M. Tendenz ruhig.

Landesproduktenbörse Stuttgart, 4. Dez. Weizen kostete 21—24, Gerste 21,5—25, Roggen 21—22, Haber 14—19, Weizenmehl 38,5—40, Brotmehl 34,5—36, Kleie 12—12,5, Wiesenheu 7—8,5, Kleeheu 9,5 bis 11, Stroh 5—6 M. je 100 Kilo.

Stuttgart, 4. Dez. Dem Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 62 Ochsen, 5 Bullen, 106 Jungbullen, 106 Jungrinder, 60 Kühe, 536 Kälber, 326 Schweine, 191 Schafe, 1 Ziege. Alles verkauft. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 42—46, zweite 37—40, dritte 30—34; Bullen erste 43—46, zweite 38—41, dritte 30—35; Jungrinder erste 48—52, zweite 39—45, dritte 35—37; Kühe erste 30—32, zweite 19—27, dritte 12—17; Kälber erste 64—67, zweite 58—62, dritte 44—50; Schafe erste 55—62, zweite 35—50; Schweine erste 85—86, zweite 80—84, dritte 72—78; Sauen 69—78 M. Verlauf des Marktes: bei Rindern, Kälbern, Schafen mäßig, bei Schweinen lebhaft.

Mastviehmarkt Stuttgart-Nordbahnhof, 4. Dez. Seit dem 1. Dez. sind 28 Wagen neu zugeführt; nach auswärts sind 15 Wagen abgegangen. Preis wagenweise für 10 000 Kilo 750—800 M.; im Kleinverkauf 4,3—4,8 M der Zentner.

* **Pforzheimer Schlachtviehmarkt** vom 3. Dezember. Auftrieb: 5 Ochsen (unverkauft 2), 5 Kühe (1), 6 Rinder, 3 Farren, 67 Kälber, 30 Schafe, 46 Schweine. Erlös aus je einem Pfund Lebendgewicht ohne Zuschlag: Ochsen 1. 46—48, Rinder 1. 47—50, Ochsen und Rinder 2. 38 bis 44, Kühe 30—40, Farren 39—46, Kälber 68—72 Schweine 75—80. Marktverlauf: ruhig.

Letzte Nachrichten.

Beschlüsse der Rheinlandkommission.

Koblenz, 5. Dez. Die Rheinlandkommission beschloß, daß alle deutschen Gesetze und Verordnungen von jetzt an grundsätzlich zu der gleichen Zeit für das besetzte Gebiet Gesetzeskraft erlangen, wie für das unbesetzte Deutschland. Ferner wurde beschlossen, daß in Zukunft die Rheinlandkommission ihr Einspruchsrecht gegen die Ernennung deutscher Beamten erst dann geltend machen kann, nachdem die Gründe für die Weigerung bekannt wurden, so daß den Betroffenen das Einspruchsrecht gesichert ist. Die gleiche Garantie wird allen denen gegeben, die auf Veranlassung der Rheinlandkommission ihres Amtes enthoben werden sollen.

General Degoutte.

Paris, 4. Dez. Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den General Degoutte, der Mitglied des Obersten Kriegsrats ist, zum Kommandanten der 6. Armee zu ernennen. Der Militärgouverneur von Paris, General Gorrand, ist für Degoutte zum Kommandanten des 1. Armeekorps ernannt worden.

Der britische Staatssekretär des Aeußern in Paris eingetroffen.

Paris, 4. Dez. Der britische Staatssekretär des Aeußern, Chamberlain, ist heute abend in Paris eingetroffen und namens der französischen Regierung am Nordbahnhof von dem stellvertr. Chef des Protokollbüros begrüßt worden.

Der neue Botschafter Rußlands in Paris eingetroffen. Ein kommunistischer Auftakt.

WTB. **Paris,** 4. Dez. Der neue Botschafter der Sowjetregierung in Paris Krassin, ist heute vormittag hier eingetroffen.

Der Botschafter wurde am Nordbahnhof von einer Gruppe Kommunisten erwartet, die hinter seinem Automobil herzogen und vor dem Gebäude der kommunistischen Partei Kundgebungen veranstalteten, wobei der Abg. Doriot, der gestern im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten den Zwischenfall hervorgerufen hatte, eine Rede hielt und auch auf die Verhaftung Sadouls anspielte. Schließlich erschien die Polizei und veranlaßte die Demonstranten, weitere Kundgebungen zu unterlassen.

Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt Nr. 2 „Schwäbische Kunde" der Deutschnationalen Volkspartei bei. Ebenso eine Beilage des Württ. Bauern- u. Weingärtnerbundes

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig

In Pfanne, Topf und Kuchenteig gehört nur Rahma buttergleich

Rahma MARGARINE buttergleich

Man verlange gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco"

K

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Solange Vorrat

Gelegenheitsposten

in **Wollgarn** 1/5 Pfd. Mk. 1.20

schwarz, grau und leder

reeller Verkaufswert Mk. 1.60

Reinhold Hayer *Altensteig.*

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Nadelstammholz u. Reis-Verkauf.

Am Mittwoch, den 10. Dezember 1924, vormittags 10 Uhr in Pfalzgrafenweiler im Gasthaus z. „Schwanen" aus Staatswald Hint. Schnapperle Langholz 104 Fichten mit Fm.: 7 II., 13 III., 18 V., 11 V. und 1 VI. Klasse (Wiederverkauf); ferner aus Abt. Grömbacherweg, Hint. Schimpferbrunnen, Unt. Rohrerswies und Vord. Baumplatz 7 Lose Nadelreis geschätzt zu 500 Wellen.

Wählet Alle

Liste 5

Deutsche Volkspartei.

5 Minuten —

höchstens 10 Minuten, sind nötig, um am 7. Dezember das Wahlrecht auszuüben. Wer ist so nachlässig, das zu versäumen?

„Fünf" Finger hast Du an jeder Hand!
„Fünf" Sinne — gebrauche sie mit Verstand!
„Fünf" ist die Liste unserer Kandidaten —
Wähle „Fünf", so bist Du gut beraten!

Die Deutsche Volkspartei ist die Partei des deutschen Volkes aller Stände, der Kern des Mittelstandes, die Trägerin nationaler Realpolitik.

Warum wählen wir am 7. Dezember Liste 5 — Deutsche Volkspartei?

Weil es die Partei ist, deren Führer als Kanzler und Außenminister dem Lande wieder Ruhe und Ordnung gab.

Weil es die Partei ist, deren Führer als Kanzler und Außenminister dem deutschen Volke auch auch im Auslande wieder Achtung und Ansehen verschaffte.

Weil es die Partei ist, deren Führer als Kanzler und Außenminister das deutsche Volk von der blutigen u. vertragswidrigen Pfänderpolitik eines Poincare befreite.

Weil es die Partei ist, deren Führer als Kanzler und Außenminister wieder Ordnung und Ehrlichkeit in das deutsche Finanzwesen brachte.

Weil es die Partei ist, deren Wiederaufbau- und Befreiungspolitik dem deutchen Volke wieder Arbeit und Brot bringt.

Weil es die Partei ist, die für gerechte Aufwertung eingetreten ist und weiter eintritt.

Die Leistung machts, nicht das Geschrei,

Drum wähle — Deutsche Volkspartei!

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wählet Alle

Liste 5

Deutsche Volkspartei.

Haushaltungsmaschinen
wie
Buttermaschinen, Fleischhackmaschinen
Mandelreiber
empfiehlt in reicher Auswahl
zu Weihnachtsgeschenken geeignet
Lorenz Luzjr., Altensteig. Tel. 46

Schreibmaschinen
G. Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

Wählet Alle

Liste 5

Deutsche Volkspartei.

Geben Sie Ihren Stimmzettel

wie hier ausgefüllt mit einem Kreuz in **5**

Stimmzettel für die Reichstagswahl

im 31. Wahlkreis Württemberg und Hohenzollern

1	**Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (Bezirk Württemberg-Hohenzollern) Keil — Hildenbrand — Roßmann — Schlicke	1	○
2	**Deutschnationale Volkspartei** (Württ. Bürgerpartei) Bazille — Siller — Giese — Weitbrecht	2	○
3	**Württembergisch-Hohenzollerische Zentrumspartei** Bolz — Andre — Feilmayr — Groß	3	○
4	**Kommunisten** Remmele — Stetter — Müller — Schneck	4	○
5	**Deutsche Volkspartei** (Nationalliberale Partei) Bickes — Mayer — Dr von Köhler — Wolff	5	+
6	**Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschlands** (völkisch sozialer Block) Mergenthaler — Dreher — Dr Steger	6	○
7	**Deutsche Demokratische Partei** Württembergs und Hohenzollerns Dr ing. Wieland — Dr Heuß — Henne — Eberhardt	7	○
9	**Wirtschaftliche Vereinigung des Württ. Mittelstandes** von Au — Reiner	9	○
10	**Bauern- und Weingärtnerbund** Vogt — Körner — Haag — Frhr. von Stauffenberg	10	○
13	**Haeußer-Bund** Haeußer Louis — Haeußer Olga — Suhr — Juels	13	○
14	**Freiwirtschaftsbund FFF** (Freiland — Freigeld) Wolber — Heimberg — Dr Finckh — Glemser	14	○

Deutsche Volksgenossen

wählt Nr. 6

Nationalsoz. Freiheitsbewegung

(völkisch-sozialer Block)

welcher ist

gegen den zersetzenden jüdischen Geist
gegen Volksausbeutung und Auswucherung
gegen Mammonsgeist und Egoismus
für Wiederherstellung von Treu und Glauben
für Aufwertung
für ausreichende Fürsorge der Kriegsopfer
für positives Christentum.

Jedem Volksgenossen den Ertrag seiner ehrlichen Arbeit.

Württ. Bürgerpartei

Deutschnationale Volkspartei.

Am Samstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr

spricht der Herr

Reichstagsabg. Fr. Siller aus Ludwigsburg

Vorsitzender des Schreinermeisterverbandes für Württemberg u. Hohenzollern

im Gasthof zum Waldhorn hier

über die Bedeutung der Wahlen für das Handwerk und den Mittelstand

wozu alle Wähler und Wählerinnen freundlichst eingeladen sind.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw